

Text 3:

Kriminalität: 16-Jähriger überfällt Bank mit Spielzeugpistole

Ein 16-jähriger Schüler hat am Freitag im beschaulichen bayerischen Kurort Bad Füssing-Würding Mitarbeiter und Kunden einer Bank in Schrecken versetzt. mit einer Spielzeugpistole bewaffnet überfiel er die Filiale - und flüchtete anschließend mit dem Fahrrad.

Bad Füssing/Passau - Die Szene weckt Assoziationen zu einem Slapstick-Film: Mit dem Ruf "Überfall" stürmte am Freitag ein 16-jähriger Junge in die Filiale einer Bank in Bad Füssing-Würding und forderte die Herausgabe des Geldes. Um seiner Forderung Nachdruck zu verleihen, hielt er dem Kassierer eine Spielzeugpistole vor die Nase. Dieser ließ sich davon auch beeindrucken und legte einen vierstelligen Betrag auf den Tresen.

Der Täter verließ den Angaben der Polizei Passau zufolge mit dem Geld die Bank und floh per Fahrrad. Ein Zeuge habe ihn zunächst mit seinem Auto verfolgt, dann aber aus den Augen verloren. Nach kurzer Fahndung konnte der junge Mann laut Polizei an der Grenze zu Österreich gestoppt werden. Er habe sich widerstandslos festnehmen lassen und sei geständig.

mik/dpa

(www.spiegel.de)

Unsinn, den man lässt

Die Streichung der Extremismusklausel ist zweifellos eine Errungenschaft der großen Koalition. Überfällig war sie längst, doch geht sie vor allem auf das Engagement der neuen Familienministerin zurück. Das Gute, dieser Satz steht fest, ist auch der Unsinn, den man lässt: Also ist, frei nach Wilhelm Busch, die große Koalition zu loben, weil sie die Anti-Extremistenklausel, die eine schädliche Klausel war, wieder abschafft. Diese Klausel, eingeführt von der damaligen Familien- und Jugendministerin Kristina Schröder (CDU), war eine Misstrauenserklärung gegen alle Verbände, Vereine und Initiativen, die seit vielen Jahren gegen Rechtsextremismus arbeiten. Sie mussten eine Erklärung unterschreiben, in der sie nicht nur ihre eigene Verfassungstreue, sondern auch die all ihrer Partner, Referenten und Organisationen garantierten, mit denen sie zusammenarbeiten; widrigenfalls gab und gibt es kein Geld oder wurde das Geld zurückgefordert. Diese Klausel traf auch Projekte, die zuvor von der Bundes- oder einer Landesregierung mit Preisen ausgezeichnet worden waren. Die Klausel hat dem Kampf gegen den Rechtsextremismus geschadet. Sie war ein Instrument zur staatlichen Gängelung von wunderbaren Initiativen; sie sollten an die kurze Leine genommen werden. Die Behördenbürokratie, die bei der Arbeit gegen den Rechtsextremismus nicht besonders erfolgreich war, rächte sich auf diese Weise an denen, die diese Arbeit mit mehr Erfolg angepackt hatten. Familienministerin Manuela Schwesig (SPD), die schon in den Koalitionsverhandlungen auf der Streichung der Klausel bestand, hat sich ein Lob verdient. (www.sueddeutsche.de)